

diesem Zeitpunkt in den Gemeinden Freyming, Merlebach und Petite Rosselle, in welchen jeweils 109, 159 und 431 Abstimmungsberechtigte lebten. Robert Herly, Generalsekretär der AFS, stellte voller Zufriedenheit fest: „On voit que nous sommes loin d’être démunis d’armes sérieuses. Il n’importe que de coordonner et d’utiliser nos moyens.“¹⁰⁰

Die regionalen Mitarbeiter der Association, der es nach deutschen Informationen gelungen sein soll, ihren Mitgliederstamm nach 1933 zu verfünffachen und ihre Einnahmen erheblich zu steigern¹⁰¹, nahmen vergleichbare Aufgaben wahr wie die Obleute und Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine¹⁰²: Sie waren verantwortlich für die Gründung weiterer lokaler Niederlassungen, für die Beobachtung der französischen Presse oder auch für das Auffinden von Saarländern, denen sie zu vermitteln hatten, daß Frankreich keineswegs am Ausgang des Plebiszits desinteressiert sei¹⁰³. In Zeitungen, durch Flugschriften, Aufkleber¹⁰⁴, Kundgebungen und ähnliche öffentlichkeitswirksame Maßnahmen sollten sie das Saarproblem der französischen Bevölkerung näherbringen. Ferner stellte die Pariser AFS-Zentrale vorgefertigte Artikel und Vortragstexte sowie Lichtbilder zur Verfügung. Schließlich trugen die Mitarbeiter die Verantwortung für die fristgerechte Überweisung der Mitgliedsbeiträge¹⁰⁵ an die Association, die sich betont überparteilich gab: Da das Schicksal der Saar eine nationale Frage sei, sollte kein Franzose aus den lokalen Comités ausgeschlossen sein, vielmehr gelte es, dort alle politischen Richtungen und Konfessionen zu repräsentieren, ohne selbst Partei- oder Religionspolitik zu betreiben. Als Vorsitzende wurden Persönlichkeiten mit Ansehen und Einfluß selbstredend bevorzugt.

Bei der Ermittlung potentieller Mitglieder scheute sich die „Union Franco-Sarroise“ ebensowenig wie ihr reichsdeutsches Pendant, Druck auszuüben: Einem Saarländer aus dem grenznahen Stieringen drohte sie beispielsweise mit der Ausweisung und damit dem Verlust des Arbeitsplatzes, sollte er sich weiterhin weigern, der UFS beizutreten¹⁰⁶. Da sich deren Büros oft in Räumlichkeiten der Gemeinden befanden – in Straßburg sogar direkt auf der Präfektur – wurde die Grenze zwischen privater

¹⁰⁰ Vgl. Auflistung der AFS (02.11.33), in: AN, F⁷ 13.472. Unter den 1.388 Abstimmungsberechtigten befanden sich 795 Frauen; die 593 Männer waren mehrheitlich Bergleute. Der Nationalität nach wurden neben 784 Deutschen und 41 Ausländern 563 Franzosen ermittelt – unter ihnen lediglich fünf durch Geburt! Über die Hälfte (52%) stimmte in den grenznahen Gemeinden links der Saar ab.

¹⁰¹ Vgl. Brief der deutschen Botschaft Paris an das AA (29.05.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.717.

¹⁰² Vgl. undatiertes vertrauliches Rundschreiben der AFS, in: MAE, PA-AP 212/1.

¹⁰³ Vgl. Werbeschreiben der UFS (30.11.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.459.

¹⁰⁴ Die AFS verbreitete Klebmarken mit dem Aufdruck: „Volksabstimmung 1935/ Unser Interesse, unsere Sicherheit./ das Interesse der Saarländer/ erfordern die Aufrechterhaltung des/ Status quo im Saargebiet/ unter dem Schutz des Völkerbundes.“ Übersetzung des französischen Originals in: „Saarbrücker Abendblatt“ Nr. 199 (15.10.34).

¹⁰⁵ Die örtlichen Komitees sollten sich durch Spenden von Industriellen und Handeltreibenden finanzieren, die daran interessiert waren, daß das Saargebiet weiterhin im französischen Zollgebiet verblieb.

¹⁰⁶ Weitere Beispiele vgl. bei LEMPert, S. 476 f.